

Pressemitteilung

Wiesbaden, 17. März 2016

Günstiger Wohnraum

Ulrich Caspar: „Wohnraumbedarfsprognose zeigt Notwendigkeit zu investitionsfreundlichem Umfeld“ -

„Hindernisse abbauen, Anreize setzen, Baukosten reduzieren“

Als „wichtige Grundlage und Ansporn für die weitere Arbeit“ bezeichnete der wohnungspolitische Sprecher der hessischen CDU-Landtagsfraktion, Ulrich Caspar, die heute vorgelegte Wohnraumbedarfsprognose des Regionalverbandes RheinMain, die den Bedarf an zusätzlichen Wohnungen im Rhein-Main-Gebiet abschätzt. „Der Ballungsraum Rhein-Main ist eine der wirtschaftsstärksten, attraktivsten und lebenswertesten Regionen Europas. Deswegen kann nicht überraschen, dass die Bevölkerung und mit ihr auch die Nachfrage nach Wohnraum wächst. Wir brauchen massiv private Investitionen, um dieser Nachfrage gerecht zu werden. Der Staat kann diese Wohnungen nicht bauen. Aber er kann Rahmenbedingungen und ein investitionsfreundliches Umfeld gestalten. Dafür setzen wir uns ein“, sagte Caspar.

„Wir wollen bürokratische Hindernisse und gesetzliche Hürden abbauen. Mit der Allianz für Wohnen diskutieren wir derzeit Möglichkeiten, Standards anzupassen, um Baukosten zu reduzieren. Natürlich bedarf es auch einer guten Förderung. Als Land gehen wir voran und stellen in dieser Legislaturperiode Fördermittel für den sozialen Wohnungsbau in Höhe von rund einer Milliarde Euro zur Verfügung – eine nie gekannte Größenordnung. Mit dem ‚Aktionsplan zur Integration von Flüchtlingen und Bewahrung des gesellschaftlichen Zusammenhalts‘ hat die Landesregierung ein deutliches Zeichen gesetzt und auch den sozialen Wohnungsbau für alle in Hessen lebenden Menschen finanziell deutlich besser ausgestattet. Dass der Bund deutlich verbesserte Möglichkeiten der steuerlichen Abschreibung von Investitionen in Wohnimmobilien schafft, wird ebenfalls helfen, mehr Wohnungsbau anzuregen. Allerdings müsse der Bund auch noch mietrechtliche Investitionshemmnisse abbauen. Mit dieser Maßnahmenvielfalt wollen wir erreichen, dass bedarfsgerecht Wohnungen vorhanden sind. Wir müssen dafür künftig auch stärker interkommunal zusammenarbeiten und dürfen die ländlicheren Räume nicht aus dem Blick verlieren – denn wenn wir diese mit guter Infrastruktur und einer positiven Wirtschaftsentwicklung attraktiv und lebenswert erhalten, sinkt auch der Druck auf die Ballungsräume“, so Caspar zu den vielfältigen Maßnahmen der Landespolitik.